

Streben nach Konsens – Rainer Barzels Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

Kai Wambach

Der Vorsitz einer Fraktion im Deutschen Bundestag gilt als eines der anspruchsvollsten und schwierigsten Ämter im politischen Raum der Bundesrepublik. Mit Bezug auf die im hohen Maße heterogene CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft ist diese Annahme zu unterstreichen und zu potenzieren; vor allem, da diese zusätzlich noch die Besonderheit aufweist, ein Zusammenschluss zweier selbstständiger Parteien zu sein. Diese Tatsache hat das Wirken der Unionsfraktion zwar oft „dynamisiert“, allerdings auch immer wieder „belastet und gelegentlich fast ruiniert“.¹

Durch die politische Geschichte der Bundesrepublik stellte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fast immer die meisten Abgeordneten, lediglich nach den Bundestagswahlen 1972 und 1998 konnten die Sozialdemokraten für sich den Status als größte Fraktion beanspruchen. Bei weit über 200 Abgeordneten ist der Fraktionsvorsitzende täglich mit den unterschiedlichsten Stimmungen, Ansichten und Meinungen konfrontiert, die durch die Medien und die jeweiligen Wahlkreisbegehren oder andere Interessenbeeinflussungen sowie zahlreiche weitere Faktoren noch angeheizt werden. Diese Mischung ergibt mitunter eine schwer zu bändigende und anzuleitende Gruppierung, die sich der Führung gerne auch einmal widersetzt und droht, eine parlamentarische Hürde zu verweigern. So reitet der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende „zwar nicht eben einen Tiger, aber doch einen Mustang, der gerne durchgeht“.²

Als einer der wohl erfolgreichsten Vertreter der hohen Schule der Fraktionsbändigung gilt bis in die heutige Zeit vor allem Rainer Barzel.³ Von 1963⁴ bis 1973 führte der promovierte Jurist die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über die Regierungszeit von drei Bundeskanzlern und durch drei aufeinanderfolgende, voneinander vollkommen unterschiedliche Wahlperioden.

* Der Aufsatz basiert auf der Masterarbeit des Verfassers: „Rainer Barzel als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag von Beginn der Großen Koalition bis 1973“ eingereicht 2012 an der Universität Bonn bei Prof. Dominik Geppert.

1 Hans-Peter Schwarz: Die Fraktion als Machtfaktor, in: Ders. (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 279.

2 Ebd., S. 285.

3 Rainer Barzel (1924–2006), 1957–1987 MdB, 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1963/64–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1972 Kanzlerkandidat von CDU und CSU, 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983/84 Präsident des Deutschen Bundestages. Der Verfasser promoviert zurzeit mit einer Biographie Rainer Barzels an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

4 Von Dezember 1963 bis Dezember 1964 führte Barzel die Fraktion kommissarisch.

Von ihm selbst stammt die Aussage, „ein Fraktionsvorsitzender könne nicht länger erfolgreich amtieren als ‚zwei Bundesregierungen lang‘“⁵, da sich mit den Jahren die Zahl der Unzufriedenen und Übergangenen immer weiter vergrößere. Mit Blick auf seine eigene Amtszeit wirkt sie daher ein wenig konstruiert, verliert darüber allerdings nicht ihren Wahrheitsgehalt. Denn in der Geschichte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag amtierten außer Barzel lediglich noch Alfred Dregger (1982–1991) und Wolfgang Schäuble (1991–2000) länger als acht Jahre als Fraktionsvorsitzende. Beide führten ihr Amt zudem überwiegend als Vorsitzende der Kanzlerfraktion aus. Im Rückblick auf die Gestaltungs- und Machtmöglichkeiten seines lange ausgeübten Amtes resümierte Barzel später, ein Fraktionsvorsitzender könne zwar nicht einfach Anordnungen geben, aber doch viel bewirken, da er sowohl über die Tagesordnung als auch über den Zeit- und Ablaufplan der Fraktion entscheide. Einen guten, erfolgreichen Fraktionsführer mache aus, dass er die Mehrheit der Fraktion von seiner eigenen Position im offenen Dialog überzeuge. Deshalb sei sein Einfluss immer nur so hoch, „wie das Gehör, das er findet, das er sich verschafft.“ Seine realen Möglichkeiten lägen in der Fähigkeit, gewinnbringend für den eigenen Standpunkt zu werben; dabei könne man „auch mal überreden. Tricksen – das geht, bestenfalls, einmal.“⁶

Barzels politische Karriere, die ihn 1971 erst Parteivorsitzender der CDU und im darauffolgenden Jahr schließlich Spitzenkandidat der Union bei der Bundestagswahl werden ließ, ist mit der Unionsfraktion sehr eng verknüpft. Nachdem er im Dezember 1963 kurz nach seinem Ausscheiden als gesamtdeutscher Bundesminister in Vertretung des erkrankten Heinrich von Brentano zunächst kommissarisch die Leitung übernommen hatte, führte Barzel die Fraktion genau ein Jahr später auch als gewählter Vorsitzender.⁷ In dieser Funktion wusste der umsichtige Organisator und gewiefte Rhetoriker von Beginn an zu überzeugen – nur wenige Monate nach Übernahme des Vorsitzes im Deutschen Bundestag galt der als sehr ehrgeizig bekannte, aufstrebende und „intelligente[...] Manager“⁸ für die eigene Partei und die Medien als „strahlender Komet am Himmel der Union“⁹.

Von 1964 bis 1965 festigte Barzel stetig seinen Einfluss und ergriff jede sich ihm bietende Möglichkeit, innerhalb von Fraktion und Partei rasch weiter auf-

5 Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen. Stuttgart u. a. 2001, S. 189.

6 Ebd., S. 188.

7 Vgl. Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 188.

8 Heinrich Krone: Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44) Düsseldorf 2003, Eintrag von Dienstag, 1. Dezember 1964, S. 339.

9 Christ und Welt, 9. April 1965.

zusteigen.¹⁰ Doch nicht die im Vergleich zu später noch in gewohnter Koalitionsform verlaufenden Jahre unter Kanzler Ludwig Erhard sollten für Barzel und die Fraktion von entscheidender Bedeutung sein, sondern ganz speziell die Jahre 1966 bis zu seinem Rücktritt am 9. Mai 1973. Denn für die CDU/CSU-Fraktion waren die Kanzlerschaften von Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt vor allem eine Zeit gravierender, teils schmerzhafter Umwälzungen und Veränderungen: Erstmals musste von 1966 bis 1969 die Regierungsmacht mit einem parlamentarisch annähernd gleichstarken Partner geteilt werden, der noch dazu eigentlich der politische Hauptkonkurrent war. Ab 1969 fanden sich CDU und CSU dann – für viele Parlamentarier der Union vollkommen überraschend und schwer zu ertragen – nach zwanzig Jahren an der Regierung auf einmal in der Rolle der Opposition wieder.

Sowohl die Phase der Großen Koalition als auch der anschließende Verweis auf die Oppositionsbänke stellten für die bisher durch den unangefochtenen Status als ‚Kanzlerfraktion‘ verwöhnte Unionsfraktion gänzlich neue Erfahrungen dar. Die Anforderungen an die Fraktions Spitze und insbesondere an den Fraktionsvorsitzenden waren in diesen Jahren äußerst hoch. Vergleichbare Situationen hatte die Union im Deutschen Bundestag bisher nicht erleben müssen und Barzels Vorgaben waren somit in vielerlei Hinsicht richtungweisend für den Kurs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auch in späteren Jahren. Barzels Zeit als Vorsitzender kommt mithin eine ganz besondere Bedeutung in der Geschichte der Unionsfraktion zu, da er diese in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden gleich zweimal auf parlamentarisches Neuland führte und sie durch seinen persönlichen Stil über seine Amtszeit hinaus tiefgreifend prägte.¹¹

Auch für ihn selbst war dies die entscheidende Zeit seiner politischen Karriere: Dreimal bestand für ihn die, mal mehr, mal weniger gute Gelegenheit, sein großes Ziel der Kanzlerschaft zu erreichen. Zweimal wollte er Bundesvorsitzender seiner Partei werden; kaum gelang ihm dies im zweiten Anlauf im Oktober 1971, sah er sich ein halbes Jahr später mit dem wohl schicksalhaftesten Moment seines politischen Lebens konfrontiert, dem gescheiterten Konstruktiven Misstrauensvotum vom 27. April 1972. Von 1966 bis 1973 sank, stieg und sank sein Einfluss und persönliches Ansehen in der Öffentlichkeit, in der Partei und vor allem in der Fraktion ein ums andere Mal. Graphisch dargestellt vollführte Barzels politische Karriere in den Jahren zwischen 1966 und 1973 somit eine Achterbahnfahrt.

10 Vgl. Krone: Bd. 2, Eintrag von Freitag, 8. Mai 1964, S. 287.

11 Für den damaligen Sprecher der Fraktion, Eduard Ackermann, fallen in die Zeit von Barzels Fraktionsvorsitz fünf Großereignisse in der Geschichte der Bundestagsfraktion: 1. Die Bildung der Großen Koalition, 2. Der Verlust der Regierungsmacht, 3. Das verlorene Konstruktive Misstrauensvotum, 4. Die Auseinandersetzung um die Ostverträge und 5. Das Ende der Ära Barzel. Vgl. Eduard Ackermann: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik. Bergisch-Gladbach 1994, S. 40f.

1966: Ein Jahr voller Rückschläge

Dass dieses Wechselbad von Machtaufbau und -verlust im Frühjahr 1966 seinen Anfang nahm, hatte der damals gerade einmal 41-jährige Aufsteiger im überwiegenden Maße sich selbst zuzuschreiben. Nachdem Konrad Adenauer wenige Tage vor seinem neunzigsten Geburtstag im Januar 1966 wie erwartet öffentlich verkündet hatte, im Frühjahr nicht wieder für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen¹² und die CDU damit erstmals seit 1950 nach einem neuen Parteivorsitzenden suchen musste, sah Barzel seine Stunde gekommen. Die aussichtsreichsten Kandidaten Paul Lücke¹³ und Josef Hermann Dufhues¹⁴ wollten die Führung der Partei nicht übernehmen, Barzel aber gedachte durch die Vereinigung von Fraktions- und Parteivorsitz prädestinierter Nachfolgekandidat für das Kanzleramt zu werden.

Forsch und mit dem Hinweis, Erhard werde bei einer Kampf Abstimmung Schaden nehmen, versuchte er den Kanzler in einem Gespräch zu überreden, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und ihm den Vorzug zu überlassen,¹⁵ und ließ sich wenige Tage später von den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe zum Kandidaten aufstellen¹⁶. Anders als es sich Barzel erhofft hatte, reagierte der über dieses Vorgehen im Vorfeld nicht unterrichtete und düpierte Erhard durch die Ankündigung seiner eigenen Kandidatur.¹⁷

Damit waren Barzels Aussichten auf das Amt schon vor dem Parteitag im Prinzip auf einen Schlag zunichte gemacht. Ein Aufrechterhalten seiner Kandidatur wäre einem Akt der Rebellion gegen den Kanzler gleichgekommen, zu dem weder Barzel noch die CDU zu diesem Zeitpunkt bereit waren. Denn auch wenn die Ära Adenauer gerade erst vorbei war, bildeten Kanzlerschaft und Parteivorsitz für viele Christdemokraten nach wie vor eine Personalunion. Barzel hatte das Gegenteil dessen erreicht, was er bezwecken wollte: Eigentlich hatte sein offensives Vorgehen bewirken sollen, dass Erhard vor einer eigenen Kandidatur zurückschreckte. Nun war er gezwungen, auf einen Ausgleich zu drängen, ohne dabei sein Gesicht zu verlieren. Er ruderte zurück und ließ sich auf dem Parteitag zum ‚Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden‘ wählen, ein für diesen Zweck geschaffenes und im Nachhinein nicht mehr besetztes Kompro-

12 Vgl. Christ und Welt, 24. Dezember 1965.

13 Vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. (Studien zur Internationalen Geschichte 20) München 2008, S. 399.

14 Vgl. Krone: Bd. 2, Eintrag vom 13. Januar 1966, S. 447f.

15 Vgl. ebd., Eintrag vom 6. Februar 1966, S. 452.

16 Vgl. Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten, S. 400.

17 Absichtserklärung zur Übernahme des Parteivorsitzes am 9. Februar 1966, vgl. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996, S. 597f.

missamt¹⁸, welches Barzels Niederlage im parteiinternen Machtspiel etwas verbergen sollte – sein schwaches Ergebnis lässt erkennen, wie die Delegierten sein übereiltes Vorgehen bewerteten: Von 557 gültigen Stimmen erhielt er bei 108 Gegenstimmen, 63 Enthaltungen und nur 385 Ja-Stimmen¹⁹.

Nur wenig später musste Barzel ein weiteres Mal bitteres Lehrgeld bezahlen. Vor dem Hintergrund der Kontaktaufnahmen von SPD und FDP mit Parteien der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sah er die Union unter Zugzwang gesetzt, den anderen Parteien nicht die deutschlandpolitische Initiative zu überlassen. Aus diesem Grund hielt er am Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni im Waldorf-Astoria-Hotel in New York auf Einladung des American Council on Germany eine Rede zur Wiedervereinigung, die aus seiner Sicht eine Einladung zur Diskussion innerhalb der Union über progressive Schritte in der Deutschlandpolitik war und parallel das Bild von CDU und CSU in der Öffentlichkeit auffrischen sollte. Barzel wollte gleichzeitig den Wiedervereinigungswunsch der Deutschen betonen und dabei auch sowjetische Sicherheitsinteressen berücksichtigen sowie einen Beitrag zur westlichen Entspannungspolitik leisten.²⁰

Da er jedoch der Sowjetunion neben wirtschaftlichen Hilfen in seiner Rede²¹ in Aussicht stellte, dass die Rote Armee im Falle einer Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems neben NATO-Verbänden auf deutschem Boden verbleiben könnte und er im Vorfeld zudem weder Kanzler Erhard noch Außenminister Gerhard Schröder oder die CDU/CSU-Fraktion über Inhalt und Zielsetzung seiner Rede informiert, dafür jedoch kräftig die

18 Einzig die Wahl des ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Lothar de Maizière, zum alleinigen Stellvertreter Helmut Kohls auf dem Vereinigungsparteitag 1990 weist eine gewisse Analogie auf. Hier fielen jedoch alle Stellvertreterposten bis auf de Maizières weg, während Barzels Position unter den Stellvertretern die eines Primus inter pares darstellte. Vgl. Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart u. a. 2002, S. 134.

19 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *14. Bundesparteitag der CDU*. 21.–23. März 1966 in Bonn. Hamburg o. J., S. 208. Erhard erhielt von 548 gültigen Stimmen nur von 413 Delegierten Zuspruch bei 80 Ablehnungen und 50 Enthaltungen, vgl. ebd. Heinrich Krone ging davon aus, dass viele Barzel nicht wählten, damit sein Ergebnis unter dem von Erhard lag, vgl. Krone: *Bd. 2*, Eintrag vom 21.–23. März 1966, S. 473.

20 Vgl. Klaus Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4)*. Stuttgart u. a. 1984, S. 201.

21 Abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*. IV. Reihe. Bd. 12: 1. Januar–30. November 1966. Hg. von Karl Dietrich Bracher und Hans-Adolf Jacobsen. Bearb. von Gisela Oberländer. Frankfurt/Main 1981, S. 900–912. Vgl. auch Barzel in: Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969*. Bearb. von Günter Buchstab (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 50). Düsseldorf 2005, Sitzung vom 6. Mai 1966, S. 180–182; Sitzung vom 11. Juli 1966, S. 22, insbes. Anm. 52 und S. 256/257.

mediale Werbetrommel gerührt hatte,²² sah er sich bei seiner Rückkehr nach Deutschland teils heftigen Vorwürfen ausgesetzt.

Aus Partei und vor allem der übergangenen Fraktion erhob sich massive Kritik, die selbst Barzel im Rückblick als ein wahres „Scherbengericht“²³ bezeichnete. Erhard und Schröder warfen ihm vor, bezüglich der Deutschlandpolitik einen „Aufweichungsprozeß“ zu betreiben, der dazu führen könne, dass „wir zum Schluß vor dem Offenbarungseid oder dem Totalausverkauf stehen“²⁴. Kein Abgeordneter verteidigte Barzel, im Gegenteil, aus der Fraktion kam Applaus, als Schröder ihm den Beginn eines „Wettlauf[s] der Ausverkaufsangebote“²⁵ vorwarf. Die Schelte, die Barzel aus Partei, Fraktionsvorstand und Fraktionsvollversammlung empfing, ließ ihn erstmals kurzfristig zurückstecken: „So kleinlaut wie in dieser Sitzung habe ich diesen vorzüglichen Parlamentarier selten gesehen“²⁶, beschreibt Walter Althammer Barzels Reaktion auf so viel kritischen Gegenwind. Doch Barzels fraktionsinternes Prestige sollte vor Bildung der Großen Koalition noch einmal leiden müssen.

Im Herbst 1966 hatte die Erosion von Erhards Kanzlerschaft ihren Höhepunkt erreicht. Die missglückte USA-Reise²⁷ und die Querelen mit dem liberalen Koalitionspartner hatten seine Position sturmreif geschossen – Rücktrittsforderungen aus der Fraktion unterstützten diesen Prozess nachhaltig. Mit dem Fraktionsbeschluss „Erhard ist und bleibt Kanzler“²⁸ wollte Barzel eigentlich Zeit für diesen gewinnen, doch wirkte diese Zusicherung in der Öffentlichkeit wie ein Requiem auf Erhards Kanzlerschaft. Überhaupt nahm kaum jemand Barzel in diesen Monaten eine Unterstützung Ludwig Erhards ab. Zu stark, zu offensichtlich waren im Verlauf des Jahres 1966 sein Ehrgeiz und sein Streben nach dem Kanzleramt gewesen.

Schon im Frühjahr hatte sein kritischer Vor-Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, Heinrich Krone, über Barzel in seinem Tagebuch geklagt: „Und wenn der (doch) nicht so ehrgeizig wäre und nicht früh genug alles wer-

22 Vor seiner Abreise kündigte er u. a. neue Lösungsansätze zur Wiedervereinigung an. Vgl. Barzel an Springer vom 13. Mai 1966, in: Bundesarchiv (BArch) N 1371-348 (Depositum Barzel); Ackermann an Barzel vom 25. Mai 1966, in: BArch N 1371-198.

23 Rainer Barzel: Auf dem Drahtseil. München u. a. 1978, S. 94.

24 Erhard, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Hg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingel. und bearb. von Corinna Franz (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2004, Sitzung vom 21. Juni 1966, S. 1853.

25 Schröder, ebd., S. 1860.

26 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 16: Walter Althammer. Boppard 2002, S. 129.

27 Vgl. Hentschel: Erhard, S. 635–638; Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten, S. 447.

28 CDU/CSU-Fraktion 1961-1966, Sitzung vom 4. Oktober 1966, S. 2043.

den wollte, um noch lieber gestern als heute Kanzler zu werden.²⁹ Hatte Krone bereits 1959 erstmals Barzels Ehrgeiz kritisiert,³⁰ häuften sich vor allem im Verlauf des Jahres 1966 sehr abwertende Kommentare wie „Ich kenne Rainer Barzel. Ist der Mann eitel und arrogant! Ich weiß es.“³¹ Dies ist zum einen sicherlich auf persönliche Schwierigkeiten im Verhältnis Barzel – Krone zurückzuführen. Doch war Krone nicht der Einzige, der in dieser Hinsicht mit Kritik nicht sparte. Dass Barzel in dieser Zeit so schnell wie möglich so hoch wie möglich steigen wollte, war allgemein bekannt.³² Und so ließ es sich der entthronte und enttäuschte Erhard am Ende seiner Kanzlerschaft nicht nehmen, „jetzt alle Schuld an der mißlichen Lage auf Barzel [zu] schieben“.³³ Nicht wenige in Partei und Fraktion sahen aus den genannten Gründen die Dinge ebenso, hatte Barzel doch nie seine Ambitionen verleugnet, sie im Gegenteil offen propagiert.

Dass er Erhard in den letzten Wochen von dessen Kanzlerschaft jedoch auch lange Zeit die letzten, nicht genutzten Optionen erhalten hatte³⁴ und letztlich auch das Wohl von Partei und Fraktion im Auge behalten musste³⁵, darf darüber allerdings nicht außer Acht gelassen werden.

Barzels Aussichten, bei der fraktionsinternen Abstimmung am 10. November 1966 zum Kanzlerkandidaten gekürt zu werden, waren vor dem Hintergrund der beschriebenen Ereignisse und vor allem aufgrund seiner Verwicklung in Erhards Abgang äußerst schlecht. Zwar versuchte er sich einen Vorteil gegenüber seinen Mitbewerbern Gerhard Schröder, Kurt Georg Kiesinger und

29 Krone: Bd. 2, Eintrag vom 6. Februar 1966, S. 452. Krones teils äußerst missbilligenden Umgang mit dem jungen, offen ehrgeizigen Barzel erklärt Hans-Otto Kleinmann damit, dass dessen „kritische“, „von persönlicher Animosität“ nicht freie Sicht auf den Nachfolger unter Umständen darauf beruhen könnte, dass er an ihm etwas verurteilte, „was er vielleicht an sich selbst vermißte“, ebd., S. XIV. Dies ist eine mögliche Erklärung für Krones Haltung gegenüber Barzel. Insgesamt fällt auf, dass Krone sich an keinem anderen ehrgeizigen Politiker innerhalb der Union, wie etwa Franz Josef Strauß oder Gerhard Schröder, mit ähnlich kritischen Bemängelungen abarbeitet wie an Rainer Barzel.

30 Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Erster Band. 1945–1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28). Düsseldorf 1995, Eintrag von Sonntag, 13. September 1959, S. 376.

31 Krone: Bd. 2, Eintrag vom 10. Januar 1966, S. 446.

32 Vgl. Peter März: Zweimal Kanzlersturz. Adenauer 1963, Erhard 1966, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 57. So galt Barzel gerade 1965/66 als „über die Maßen ehrgeizig [...]“.

33 Ernst Majonica: Das politische Tagebuch. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, Eintrag vom 31. Oktober 1966, S. 449.

34 Ackermann behauptet gar, Barzel habe Erhard von einem verfrühten Rücktritt abgehalten. Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 47.

35 Vgl. Hildebrand: Von Erhard, S. 232. Ansonsten, so Hildebrand, wäre Barzel vielleicht selbst Sinnbild des Niedergangs geworden. Dagegen u. a. Peter März: Kanzlersturz, S. 60, der Barzel „maßgeblich[e]“ Verantwortung an Erhards Schicksal bescheinigt.

Eugen Gerstenmaier dadurch zu erwirken, dass er vor der Fraktion ein handschriftliches Schreiben Konrad Adenauers³⁶ verlas, in welchem dieser ihn aufforderte Erhards Nachfolger zu werden. Dies nutzte ihm aber freilich wenig, da viele wussten, dass Bundestagspräsident Gerstenmaier ein ähnliches Motivationsschreiben³⁷ erhalten hatte – Adenauer war letztlich jeder recht, der Schröder als Kanzler verhindern konnte.

Das Ergebnis der fraktionsinternen Abstimmung war für Barzel niederschmetternd: Im dritten Wahlgang erhielt er, der Fraktionsvorsitzende, von 244 abgegebenen Stimmen nur 26, während Kiesinger mit 137 Stimmen zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt wurde und Außenminister Schröder immerhin ein Votum von 81 Stimmen erhielt.³⁸

Hätte Barzel zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, dass er durch sein Verhalten im Jahr 1966 bei seiner Fraktion für erheblichen Unmut gesorgt hatte, so wurde ihm dieser Umstand bei seiner Bestätigung im Fraktionsvorsitz am 6. Dezember noch einmal deutlich vor Augen geführt. Lediglich 183 von 251 Abgeordneten beteiligten sich überhaupt an der Wahl, Zustimmung erhielt Barzel nur von 122. 32 Fraktionsmitglieder votierten gegen ihn, 29 enthielten sich.³⁹ Hatte er im Vorjahr noch 94,96 Prozent Zustimmung erhalten, waren es diesmal nur noch 66,66 Prozent. Auch wenn es richtig ist, dass die Fraktion „keinesfalls auf seine effiziente Führung verzichten wollte“⁴⁰, kann doch diese Zweidrittelmehrheit nicht verhehlen, dass ihm aus der Gesamtfraktion nur 122 Abgeordnete ihr Vertrauen aussprachen, also gerade einmal 48,6 Prozent⁴¹.

1966–1969: Ein Garant für den Erfolg der Großen Koalition

So startete Rainer Barzel größtenteils aus eigenem Verschulden höchst angeschlagen in die Große Koalition, und offensichtlich hatten die Ereignisse des Jahres 1966 bei ihm zu einem Umdenken geführt. In den folgenden Jahren hielt der Fraktionsvorsitzende sich und seinen Ehrgeiz ganz auffällig zurück, sowohl vor der Öffentlichkeit als auch in den Partei- und Fraktionsgremien.

36 Abdruck des Schreibens vom 29. Oktober 1966 in: Rainer Barzel: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Frankfurt/Main u. a. 1986, S. 109–111. Barzels Dankantwort vom selben Tag in: BArch N 1371-260.

37 Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 48f.

38 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, Sitzung vom 10. November 1966, S. 2208f.

39 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Hg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Eingel. und bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2011, S. 6.

40 Manfred Agethen: Rainer Barzel (*1924), in: Torsten Oppelland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West. Darmstadt 1999, S. 180.

41 Vgl. Stefan Marx: In der ersten Großen Koalition. 1966–1969, in: Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor, S. 88.

Vielmehr war Barzel augenfällig bestrebt, durch nüchterne und sachliche Arbeit im Fraktionsvorsitz zu überzeugen.

Besondere Vorsicht ließ er fortan gegenüber dem neuen Bundeskanzler walten. Nur auf dem 16. Bundesparteitag 1968 in Berlin trumpfte er gegen Kiesinger auf, als dieser durch seine Aussage, die Koalition mit der SPD könnte durchaus nach 1969 weiter fortgesetzt werden, den Unmut der Delegierten auf sich gezogen hatte. Barzel hingegen hielt eine gefeierte, furiose Rede, in der er im Gegensatz zum Kanzler die Unionsparteien stark von FDP und SPD abgrenzte und forderte, Ziel der kommenden Bundestagswahl könne allein eine regierungsfähige Mehrheit für CDU und CSU sein. Mit minutenlangem Applaus wurde er dafür gefeiert und avancierte zum „Held des Parteitags“⁴². Die Bild-Zeitung titelte „Keiner spricht wie Rainer [...] Mann des Tages“⁴³. Der Kanzler hingegen war „deutlich verärgert“ und nahm dem Fraktionsvorsitzenden den „kecken Vorstoß“⁴⁴ sehr übel. Besonderen Zorn erweckte bei ihm die Tatsache, dass in Barzels vorher verteiltem Redemanuskript die Passage „Unser erster Mann ist der Kanzler“⁴⁵ aufgeführt war, der Fraktionsvorsitzende diese Bekundung in seiner Rede vor den Delegierten aber ausließ. Ob dies nun Absicht war oder nicht, es blieb kaum jemandem verborgen und verstärkte nur des Kanzlers Vorurteile und Misstrauen. Zwischen 1966 und 1969 blieb es jedoch die einzige öffentliche Spitze gegen Kiesinger.

Dieser allerdings begegnete Barzel von Beginn seiner Kanzlerschaft an mit großem Argwohn; aus Stuttgart hatte der vormalige baden-württembergische Ministerpräsident den Sturz Erhards mitverfolgt und eine besondere Verantwortung des Fraktionsvorsitzenden festgestellt. In diesem Sinne befürchtete er ständig Ränke von Seiten Barzels,⁴⁶ vermutete in einem vertraulichen Gespräch gar, „von Mördern“⁴⁷ umgeben zu sein. Neben Barzel verdächtigte er auch Schröder und Strauß der unionsinternen Opposition. Nur zu gerne hätte der Kanzler Barzel als Minister auf die Regierungsbank geholt und bot ihm auch das Verteidigungsministerium an,⁴⁸ um den zwar gestutzten jedoch nach

42 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 684.

43 Bild-Zeitung, 6. November 1968.

44 Gassert: Kiesinger, S. 684.

45 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 16. Bundesparteitag der CDU. 4.–7. November 1968 in Berlin. Hamburg o. J. Teil 1, S. 146.

46 Vgl. Dirk Kroegel: Einen Anfang finden. Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition (Studien zur Zeitgeschichte 52) München 1997, S. 31f.

47 Gespräch Kiesingers mit Giselher Wirsing vom 5. Oktober 1967, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-226-322 (Nachlass Kiesinger).

48 So Barzels Aussage im Rückblick, vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 231.

wie vor einflussreichen innerparteilichen Konkurrenten mehr oder weniger problemlos in die Kabinettsdisziplin einbinden zu können⁴⁹.

Barzel jedoch wusste, dass er als Fraktionsvorsitzender in einer Großen Koalition sehr viel mehr Bewegungsspielraum und auch größeres Machtpotential haben würde. Erleichtert wurde ihm seine Entscheidung durch die Berufung Helmut Schmidts als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion. Als der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ihn informierte, das Amt werde demnächst Schmidt übernehmen, war für Barzel laut eigener Aussage die Sache entschieden.⁵⁰ Er wusste, mit dem ihm schon vorher bekannten Schmidt würde er gut harmonieren. Und tatsächlich sollte die effektive Zusammenarbeit der beiden Vorsitzenden der neuen Regierungsfractionen für den nicht zu bestreitenden Erfolg der ersten Großen Koalition von kaum zu unterschätzender, sogar entscheidender Bedeutung sein.

Die gewaltige Umstellung für die Unionsfraktion, einen zwar unbequemen, jedoch parlamentarisch schwächeren Koalitionspartner mit einem solchen gewechselt zu haben, der im Vorjahr nur knapp an der 40-Prozentmarke gescheitert war,⁵¹ wurde durch das sehr gute Verhältnis der Fraktionsvorsitzenden auf persönlicher wie auf arbeitsorientierter Ebene abgedefert. „Von mir werden Sie auch beim Gegeneinander immer spüren können, daß meine persönliche Wertschätzung für Sie unabhängig von sachlichen Differenzen ist. Sollte sich dies je ändern, womit ich nicht rechne, so werden Sie das zunächst von mir selbst hören“⁵², erklärte Barzel in einem Glückwunschschreiben anlässlich Schmidts Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der SPD im März 1967.

Vollkommen zu Recht aber nicht ohne eine gewisse Selbstgefälligkeit fuhr er fort, er könne wohl ohne Übertreibung feststellen, dass von ihrer gemeinsamen Zusammenarbeit noch mehr für das Land abhängt als für ihre Parteien. Schmidt dankte und versicherte Barzel: „Sie werden mich immer zur Verfügung finden.“⁵³

Das Zusammenspiel der beiden orientierte sich an Barzels Arbeitsweise: effizient, direkt, zu Diskussionen über den richtigen Weg stets bereit, aber sowohl Schmidt als auch Barzel bewiesen immer wieder eine auf verwertbare Ergebnisse orientierte Arbeitseinstellung – dies forderten sie auch von ihren Fraktionen. In der Regel verabredeten sich die Fraktionsvorsitzenden immer dienstags zusammen mit ihren Stellvertretern Richard Stücklen und Alex Mül-

49 Vgl. Joachim Samuel Eichhorn: Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969) (Studien zur Zeitgeschichte 79). München 2009, S. 109.

50 Vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 238f.

51 Bei der Bundestagswahl 1965 errang die FDP 9,5 Prozent der Stimmen, die SPD 39,3 Prozent.

52 Barzel an Schmidt vom 14. März 1967, in: BArch N 1371-70.

53 Schmidt an Barzel vom 31. März 1967, ebd.

ler zu einem Koalitionsgespräch auf Fraktionsebene und zur Vorabklärung anstehender Tagespunkte vor den Fraktionssitzungen.⁵⁴

Zur besseren Abstimmung und Koordinierung ließen sie zwischen den parallel tagenden Fraktionssitzungen von Union und SPD Sendboten – von Barzel auch „bewährte Zwischentreppenbetätiger“⁵⁵ genannt – hin und her laufen, die die jeweils andere Fraktionsführung über Beratungsstände beim Koalitionspartner informierten⁵⁶. Darüber hinaus achtete man darauf, Sorge zu tragen, dass Anträge vor Eingabe in den Geschäftsgang mit der anderen Fraktion abgesprochen wurden, da man sich sonst „ins Unrecht setzen“⁵⁷ würde. Da es im Deutschen Bundestag durch die Große Koalition keine nennenswerte Opposition⁵⁸ mehr gab, achteten sie zusammen ganz besonders auf die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des Parlaments sowie dessen Kontrollfunktion. Immer wieder trieben sie das Kabinett an, den Regierungskatalog zu erfüllen⁵⁹.

Weder Schmidt noch Barzel sind und waren je für ihr Understatement bekannt. Ihr äußerst selbstbewusstes Auftreten und ihre sichere, energische Fraktionsführung, die bei aller Unterstützung und Loyalität bisweilen zu Konflikten mit der Bundesregierung führen konnte, veranlassten Kiesinger zu der bissigen Bemerkung, Barzel und Schmidt sei „alles zuzutrauen“⁶⁰.

Taktierend regte Schmidt gegenüber Barzel an, „ein wenig [vor der Öffentlichkeit zu] verheimlichen, wie sehr wir im praktischen Vollzug zur kollegialen Kooperation gefunden haben“⁶¹. Dies blieb jedoch erfolglos; das Wort der Bonner „Koalitionswillige“⁶² machte in der bundesdeutschen Presse rasch die Runde. Auch in Karikaturen fand das allseits bekannte gute Arbeitsverhältnis seine mitunter spöttische Würdigung.⁶³

Das wichtigste Koordinierungsinstrument von Schmidts und Barzels Arbeit war der maßgeblich von ihnen initiierte sogenannte Kreßbronner Kreis⁶⁴. Ur-

54 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. XXXIV.

55 Barzel, ebd., Sitzung vom 12. Dezember 1967, S. 601.

56 Vgl. ebd., Einleitung, S. LXXVIII/LXXIX; Arnulf Baring/Gregor Schöllgen (Hg.): Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. München 2006, S. 103.

57 Rasner, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 18. März 1969, S. 1392.

58 Die 50 Abgeordneten der einzigen Oppositionspartei FDP konnten gegen die parlamentarische Übermacht der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD kaum etwas ausrichten. Selbst bei starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Union und Sozialdemokraten bei einzelnen Abstimmungen bestand kaum Hoffnung für die Liberalen, mit ihren Stimmen etwas zu bewegen.

59 Vgl. Hildebrand: Von Erhard, S. 269f.

60 Helmut Schmidt: Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen. Berlin 1996, S. 511.

61 Schmidt an Barzel vom 18. Januar 1968, in: BArch N 1371-74.

62 Die Bonner Gemini-Brüder, in: Westdeutsche Rundschau, 3. Januar 1969.

63 Vgl. Karikaturen u. a. in: Stern, 15. Dezember 1968; Süddeutsche Zeitung, 18. Dezember 1968; Stuttgarter Nachrichten, 23. Dezember 1968.

64 Die Protokolle des Kreßbronner Kreises liegen inzwischen in einem Editionsband vor: Stefan Marx (Bearb.): Der Kreßbronner Kreis. Die Protokolle des Koalitionsausschusses

sprünglich hatte man bei Bildung der Großen Koalition auf die Einrichtung eines Koalitionsausschusses verzichten wollen,⁶⁵ schon im Spätsommer 1967 aber zeigte sich, dass ohne ein vorberatendes, nicht öffentliches Gremium keine konflikt- und störungsfreie Politik von CDU/CSU und SPD betrieben werden konnte. Nachdem Kiesinger die Spitzen der Koalition Ende August/Anfang September 1967 zu beratenden Gesprächen an seinen Urlaubsort nach Kreßbronn am Bodensee eingeladen hatte,⁶⁶ suchten Barzel und Schmidt eine regelmäßige Form des Austausches zu installieren. Am 18. Oktober 1967 informierte Rainer Barzel den Kanzler, der „Koalitionspartner [also v. a. Schmidt] führt erneut Klage über mangelnden Kontakt zur Spitze der Bundesregierung. Ich habe daraufhin erklärt, daß Sie vorhätten, ein regelmäßiges Gespräch fest zu verabreden. Es ist der gemeinsame Wunsch beider Fraktionen, daß es dazu kommt. Als Termin empfehlen wir jeweils Dienstag, 9:00 Uhr. Natürlich sind wir offen für bessere Vorschläge.“⁶⁷ Aus dem Schreiben insgesamt ist erkennbar, dass sich Barzels und Schmidts Offenheit „für bessere Vorschläge“ lediglich auf die Uhrzeit, nicht aber auf das Vorhaben an sich bezog. Der postulierte „gemeinsame Wunsch beider Fraktionen“ bezeugt die vorherige Absprache. Kiesinger ging auf das Drängen der beiden Fraktionsvorsitzenden ein; ein „informelle[s], jedoch institutionalisierte[s] Gremium“⁶⁸ wurde ins Leben gerufen und nach seinem ersten Tagungsort Kreßbronner Kreis genannt.

In diesem Koalitionsausschuss waren Barzel und Schmidt in der Lage, durch vorher abgesprochene gemeinsame Haltungen ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren, wodurch sie hinterher in den Sitzungen der Regierungsfractionen die miterwirkten Kompromisse leichter und besser vertreten konnten. Darüber hinaus stärkte ihr fest verankerter Platz im Koalitionsausschuss ihre politische

der ersten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 63) Düsseldorf 2013.

- 65 Dies geschah u. a., da man Sorgen in Teilen der Bevölkerung entgegenwirken wollte, die eine deutsche Auflage der österreichischen großen Koalition (1947–1966) befürchteten. Diese bewirkte eine fast vollständige Entmachtung des nationalen Parlamentes. Vgl. Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 170.
- 66 Vgl. zum ersten Treffen des Kreßbronner Kreises u. a. Hildebrand: *Von Erhard*, S. 272f; Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser: *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Wirkungen* (Bouvier-Forum 6). Bonn 1991, S. 74–76; Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 172–174; Klaus Schönhoven: *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969* (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 2). Bonn 2004, S. 184–186.
- 67 Barzel an Kiesinger vom 18. Oktober 1967, in: BArch N 1371-272. Einige Tage später insistierte Barzel auf eine Entscheidung Kiesingers in der Sache. Vgl. Barzel an Kiesinger vom 27. Oktober 1967, in: ACDP 01-226-003. Entgegen Gassert und Eichhorn halten Hartmut Soell und Heribert Knorr Barzel und Schmidt nicht für „die treibenden Kräfte“, vgl. Gassert: *Kiesinger*, S. 577, Anm. 443.
- 68 Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 177.

Stellung gegenüber ihren Fraktionen.⁶⁹ Innerhalb der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU sicherte das gute Verhältnis Barzels zu Franz Josef Strauß‘ Nachfolger als Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, dem ehemaligen Postminister Richard Stücklen, eine gute Zusammenarbeit. Dies und Barzels Beachtung des Bedürfnisses der CSU nach Wahrung ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit sorgten in den Jahren 1966 bis 1969 dafür, dass es in der Fraktionsgemeinschaft kaum zu größeren Zwistigkeiten kam.⁷⁰

Zum reibungslosen Ablauf der Fraktionsarbeit trug in hohem Maße auch der sogenannte Elferrat der Fraktion bei, dessen Einfluss sich unter dem Vorsitz Barzels spürbar vergrößert hatte. Dieses inoffizielle Gremium bestand neben dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern aus den Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise der Fraktion und den drei Parlamentarischen Geschäftsführern,⁷¹ und stellte somit eine im Vergleich zum Fraktionsvorstand verkleinerte und infolgedessen schlagkräftigere Führungsebene der Fraktion dar.

Der Elferrat tagte vor den Fraktionsvorstandssitzungen und diente der Vorberingung von Konfliktthemen und der strategischen Planung⁷² des Fraktionskurses sowie der Sitzungen der Gesamtfraktion. Da Barzel hier den Ton angab, stellte dies ein indirektes aber sehr wirkungsvolles Instrument zur Fraktionsführung dar. Der nicht-offizielle Rahmen sowie die überschaubare Teilnehmerzahl dieser konzentrierten Fraktionsführung schafften eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, die der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Arbeitskreises, Ernst Majonica, als „teils vergnüglich[...], teils politisch[...]“⁷³ beschrieb. Barzel trug dafür Sorge, indem er die Mitglieder des Elferrats „zum Gespräch beim Glas Wein“⁷⁴ auch schon einmal in seine Privatwohnung einlud. Dieses „wichtigste[...] Lenkungs-gremium [des] Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses“⁷⁵ der Fraktion war in Verbindung mit dem Fraktionsvorstand insgesamt sehr hilfreich für Barzels Fraktionsführung und besonders für die Abstimmung mit der CSU-Landesgruppe.⁷⁶

Bisweilen allerdings führte diese Form der Vorberatung und -abstimmung bei den Abgeordneten zu Missfallen. Anfang 1967 beschwerte sich Maria Stommel, die Fraktionsmitglieder „lesen Dienstag morgens in der Zeitung, was wir Dienstag nachmittags in der Fraktion beschließen sollen“⁷⁷. Ihre Fraktionskollegin Maria Jacobi kritisierte, dass „die großen Probleme“ kaum dis-

69 Vgl. ebd., S. 162.

70 Vgl. Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 111.

71 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. XXXII.

72 Vgl. Barzel an die Mitglieder des Elferrats vom 14. Juni 1968, in: BArch N 1371-76.

73 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 8. Februar 1968, S. 527.

74 Einladung zum Elferrat vom 8. Februar 1968, in: BArch N 1371-74.

75 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 304.

76 Vgl. Eichhorn: Durch alle Klippen, S. 101.

77 Stommel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 17. Januar 1967, S. 56.

kutiert würden, und „daß der Fraktionsvorstand [...] einfach Beschlüsse faßt, die wir nachher nur noch akzeptieren“⁷⁸. Dem fügte Hermann Schwörer anklagend hinzu, auf diese Art und Weise könne man in der Fraktionssitzung nicht mehr umstoßen, „was die Halbgötter im Vorstand beschlossen haben“⁷⁹. Barzel nahm diese Klagen auf und gab der Fraktion fortan immer wieder Gelegenheit, in längeren Diskussionen eine Entscheidung herbeizuführen, achtete dabei allerdings darauf, dass diese stets zweckmäßig und inhaltlich zielführend waren.⁸⁰

Wenn der Abgeordnete Josef Bauer im März 1968 nach einer langen Diskussion zur Lage der Landwirtschaft lobte, „ohne den Fraktionsvorsitzenden hätte es diese Debatte und dieses Ergebnis nicht gegeben!“⁸¹, demonstriert dies anschaulich, dass Barzels in Bezug auf Diskussionen großzügige, aber immer strikt ergebnisorientierte Fraktionsführung von den Mitgliedern der Fraktion anerkannt und dankbar gewürdigt wurde.⁸²

Barzel hatte durch seine effiziente, stringente und dabei stets ausgleichende Fraktionsführung schnell erreicht, dass ihm seine Fraktion die Unstimmigkeiten des Jahres 1966 größtenteils rasch verzieh. Im Sommer 1967 empfand er seine Stellung jedenfalls bereits als stark und gesichert genug, das Angebot der nordrhein-westfälischen CDU auszuschlagen, den Vorsitz des aus den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe gebildeten Landespräsidiums zu übernehmen. Dieser wäre mit der Spitzenkandidatur im nächsten Wahlkampf für die NRW-Landtagswahl 1970 verbunden gewesen. Barzel jedoch stellte nach den ersten Presseberichten selbstbewusst und ohne Zögern öffentlich klar: „Mein Platz ist und bleibt in Bonn.“⁸³ Dass ihm die führende Rolle in Nordrhein-Westfalen angeboten wurde, ist mit Sicherheit auch Ausdruck seines wiederhergestellten Ansehens, welches er sich durch seine Fraktionsführung in der Partei neu erarbeitet hatte.

Diese Fraktionsführung setzte im überwiegenden Maße auf ausgleichende Problembehandlungen, klärende Diskussionen in der Vollversammlung, umsichtige Vorklärung und wenn möglich Umschiffung strittiger Fragen im Fraktionsvorstand oder Elferat und eine offene und faire Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner. Auf diese Weise gelang es Barzel in den Jahren 1966

78 Jacobi, ebd., S. 52.

79 Schwörer, ebd., S. 56.

80 Vgl. ebd., Einleitung, S. XXXII.

81 Bauer, ebd., Sitzung vom 5. März 1968, S. 800 (Text: CD-ROM).

82 Laut Eichhorn: Durch alle Klippen, S. 116, wurde in den Fraktionen in den Jahren der Großen Koalition zwar mehr diskutiert als in der Zeit zuvor. Jedoch könne man nicht von einem erhöhtem Machtpotential der Abgeordneten sprechen, vielmehr steigerte sich die Macht der Fraktionsvorsitzenden, da sie aus der Verselbstständigung der Fraktionen im Parlament mehr Macht für sich selbst generieren konnten.

83 Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion vom 28. Juni 1967, in: BArch N 1371-72.

bis 1969, dass die Unionsfraktion in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten selbst strittigste Gesetzesinitiativen wie beispielsweise die hoch komplizierte Finanzverfassungsreform und die Notstandsgesetzgebung erfolgreich behandeln und abschließen konnten. Gerade das Beispiel der Notstandsgesetze zeigt den Erfolg von Barzels konsensorientierter Fraktionsführung. Er wusste genau, welche Schwierigkeiten Helmut Schmidt mit der parteiinternen Diskussion über das Für und Wider dieser Gesetze auch in seiner Fraktion hatte. Insofern warb er vor der Unionsfraktion leidenschaftlich für Verständnis für den Koalitionspartner und für Zugeständnisse bei der Ausgestaltung der Gesetze. Wenn er jedoch merkte, dass bei den Christdemokraten eine unüberwindbare Schmerzgrenze erreicht war, sparte er nicht mit direkten Worten an die SPD-Fraktion. So stellte Barzel gegenüber den Sozialdemokraten ausdrücklich klar, dass sie es mit ihren Änderungswünschen nicht übertreiben durften. Denn „es sei auch denkbar, daß eine Notstandsgesetzgebung an der Bundestagsfraktion der CDU/CSU scheitere“. Deshalb dürfe die SPD nicht auf ein Notstandsgesetz hinarbeiten, das nur ein „Pappschwert“⁸⁴ sei.

Gegenüber der Regierung handelte er als Fraktionsvorsitzender stets loyal, achtete jedoch in dieser Zeit ohne nennenswerte Opposition streng auf die Unabhängigkeit des Parlaments. So weigerte er sich etwa, anders als beispielsweise Krone⁸⁵, als Fraktionsvorsitzender an Sitzungen des Kabinetts teilzunehmen – aus „grundsätzlichen Bedenken“⁸⁶. Gleichwohl verlangte er beharrlich Berichte aus den Kabinettsitzungen, damit die Kontrollfunktion der Unionsfraktion gewahrt blieb.⁸⁷

Auch wenn die Große Koalition über die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag verfügte, bedeutete dies nicht, dass alle Vorgaben aus dem Kabinett einfach abgenickt und durchgewunken wurden. Dies etwa musste der sozialdemokratische Verkehrsminister Georg Leber zu seinem Leidwesen feststellen, als sich die Unionsfraktion gegen seinen bis heute sogenannten Leber-Plan stellte. Denn weder in den Koalitionsverhandlungen von November 1966 noch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966⁸⁸ war ein solches verkehrspolitisches Programm erwähnt oder auch nur angedeutet worden. Dementsprechend fühlten sich die Abgeordneten der Unionsfraktion nicht an die Vorlage aus dem sozialdemokratischen Verkehrsministerium gebunden und

84 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 21. Januar 1968, S. 704.

85 Vgl. Krone: Bd. 1, Eintrag von Freitag, 19. Dezember 1958, S. 321.

86 Barzel an Kiesinger vom 13. Juli 1967, in: BArch N 1371-73.

87 Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Einleitung, S. LXXXVIII.

88 Da bei Bildung der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD kein Koalitionsvertrag geschlossen worden war, galt Kiesingers Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 und der darin aufgestellte Fahrplan und die angesprochenen Vorhaben als Richtschnur für die Projekte der Regierung.

stellten ein eigenes Programm auf die Beine⁸⁹. Obwohl Barzel selbst die Ziele des Leber-Plans guthieß, ließ er die Fraktion gewähren. Die Abgeordneten mussten in seinen Augen unbedingt die Möglichkeit haben, die Grenzen der Diskussions- und Kompromissbereitschaft der Regierung auszutesten, auch wenn er mahndend darauf hinwies, dass es „eine hochpolitische Frage“ sei, „einen Alternativentwurf durch einen Fraktionsbeschluß zu machen“⁹⁰. Im Kreßbronner Kreis suchte er zwischen dem verschnupften Verkehrsminister und den Interessen der Unionsfraktion zu vermitteln,⁹¹ stellte sich jedoch sonst ganz auf die Seite seiner Fraktion. Vom Kanzler eindringlich gebeten, eine Einigung mit dem Verkehrsminister herbeizuführen,⁹² verwies Barzel auf die harte Position Lebers, der selbst Vorschläge nicht akzeptieren wollte, die „von unserem Fraktionsvorstand als kaum noch verträgliches Angebot und von einer starken Minderheit als unakzeptabel bezeichnet wurde[n]“. Wenn die Verkehrsreform scheitere, wäre dies ein fatales Signal für die Koalition und überdies eine Schwächung der Demokratie. Es wäre ratsam, wenn er, Kiesinger, auf Leber einwirken könnte, da dieser nicht gut „dastehen [würde], wenn er unser faires Angebot endgültig und nochmals ablehnt“⁹³. Dieses Schreiben und besonders der letzte Satz demonstrieren neben Barzels Selbstbewusstsein, dass er und seine Fraktion zu großen Kompromissen bereit waren, es jedoch ultimativ ablehnten, gegen ihre eigenen Interessen nachzugeben, wenn nicht von der Gegenseite ein ebenso großes Einlenken erfolgte.

Der Fraktionsvorsitzende setzte somit wenn möglich auf Einigung in der Sache, konnte jedoch sehr unnachgiebig sein, wenn seiner Ansicht nach die Ziele und Interessen der Union außer Acht gelassen wurden. Dies galt sowohl für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner als auch für fraktionsinterne Streitigkeiten. Er selbst kritisierte Jahrzehnte später den aus seiner Sicht diametral entgegengesetzten Führungsstil eines seiner Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden: „Kohl führte nicht, er herrschte. Er nahm stets den großen Teil der Redezeit in Anspruch und trug weitschweifig vor.“⁹⁴ Barzel hingegen reüssierte mit seinem stark konsensualen, jedoch sehr prinzipientreuen

89 Vgl. Eichhorn: *Durch alle Klippen*, S. 221–244. Dieses wurde nach dem Verkehrsexperten der Unionsfraktion ‚Müller-Hermann-Plan‘ genannt. Das Gegenprogramm richtete sich vor allem gegen die von der Union unterstellten und kritisierten staatlich-regulatorischen Eingriffe und Verbote in die Verkehrswirtschaft, die in den Augen der Christdemokraten die soziale Marktwirtschaft zu stark einschränkten.

90 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 23. Januar 1968, S. 732.

91 Vgl. Marx (Bearb.): *Der Kreßbronner Kreis*, Sitzung vom 25. Juni 1968, S. 113.

92 Kiesinger an Barzel mit Zusatz „Eilt!“ vom 11. Juni 1968, in: BArch N 1371-273.

93 Barzel an Kiesinger vom 20. Juni 1968, ebd.

94 Barzel: *Ein gewagtes Leben*, S. 374. Jürgen Todenhöfer bestätigte 1977 Barzels Kritik indirekt, indem er in einem Interview klagte, dass unter Kohls Fraktionsführung kaum ein Sachverhalt richtig zu Ende diskutiert würde. Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. München 2012, S. 236.

und grundsätzlichen Führungsstil als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion in der Großen Koalition.

Gerade im letzten Jahr der Regierung von CDU/CSU und SPD sollten sich seine Fraktionsführung und die gute Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt bezahlt machen. Denn auch wenn die Koalition gute Erfolge erzielte, hatten sich Christ- und Sozialdemokraten spätestens zum Herbst 1968 kräftig auseinandergeliebt und wirkten immer mehr wie die Protagonisten einer ungewollten Ehe. Hinzu kam, dass Kiesinger und sein Außenminister Brandt, die sich ohnedies nie sonderlich zugetan waren,⁹⁵ spätestens nach Gustav Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten nicht mehr verlässlich miteinander arbeiteten, so sie denn überhaupt miteinander sprachen.

Die Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt sorgten vor allem in den letzten Monaten der Großen Koalition für deren Fortbestehen bis zum Wahltag am 28. September.⁹⁶ Nicht wenige zweifelten im Frühsommer 1969, ob die Koalition diesen Termin überhaupt ohne endgültiges Zerwürfnis erreichen würde. Zusammen mit ihren Stellvertretern Stücklen und Möller erarbeiteten Schmidt und Barzel in bewährter konstruktiver Zusammenarbeit einen ausführlichen Katalog noch zu erledigender Aufgaben, der zumindest für die Fraktionen eine ausreichende arbeitsbasierende Agenda bis September sicherstellte. Vor dem Hintergrund des bedrückend schlechten (Nicht-)Verhältnisses zwischen Brandt und Kiesinger konnte und wollte es Barzel dabei „nicht versäumen, Ihnen [Kiesinger] mitzuteilen, daß dieses Gespräch in einer ausgezeichneten Atmosphäre stattfand und zu sehr konstruktiven Ergebnissen führte“⁹⁷. Der aufgestellte Katalog sollte für die erfolgreiche parlamentarische Arbeit der Großen Koalition in der Schlussphase von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Viele noch strittige Punkte, die nicht ob der schlechten Stimmung in der Koalition auf der Strecke bleiben durften, wurden auf diese Weise noch abgearbeitet und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht.⁹⁸

Wissend um die Befindlichkeiten der Parlamentarier, die sich nur sehr ungerne zu Entscheidungen gedrängt sahen, ließ Barzel den Abgeordneten seiner Fraktion dabei wie immer ausreichend Raum für konstruktive Diskussionen und gewinnbringende Kontroversen solange diese dem engen Zeitplan nicht im Wege standen.⁹⁹ Diese ergebnisorientierte Fraktionsführung bildete die Grundlage für die erfolgreiche parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Fraktion in der Großen Koalition insgesamt. Die fraktionsinterne Diskussion über

95 Vgl. Arnulf Baring: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1982, S. 135.

96 Vgl. Ders./Schöllgen: *Kanzler*, S. 103.

97 Barzel an Kiesinger vom 1. April 1969, in: ACDP 01-226-002.

98 Vgl. Marx: *In der ersten Großen Koalition*, S. 91.

99 Prägnant und präzise gab Barzel am 22. April 1969 der Fraktion die noch zu erledigenden Aufgaben vor. Vgl. hierzu den Bericht des Fraktionsvorsitzenden in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 22. April 1969, 15.00–19.00 Uhr, S. 1407 (Text: CD-ROM).

die Strafrechtsreform geriet darüber im gleichen Maße wie die brisante Debatte über die Verjährungsfrage von Mord und Völkermord „zu den Sternstunden der Meinungsbildung innerhalb der CDU/CSU-Fraktion in den Jahren der ersten Großen Koalition“¹⁰⁰. Trotz aller grundsätzlichen Meinungen und Standpunkte zeigte sich die Fraktion dabei in einem solchen Maße diskussions- und kompromissbereit, dass Barzel am Ende der Sitzung erfreut festhalten konnte: „Es war eine Debatte, meine Herren, wo ich erstmals seit langer Zeit die Glocke nicht gebraucht habe. Das spricht dafür, daß wir zugehört und auf hohem Niveau diskutiert haben, was mich freut.“¹⁰¹

Die Freude währte jedoch nicht mehr lange: Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erhielt die Union zwar erneut die meisten Stimmen und scheiterte nur knapp an der absoluten Mehrheit der Mandate. Doch Willy Brandt gelang es, mit der FDP als Koalitionspartner einen knappen Vorsprung im Bundestag zu erreichen. Dies konnten und wollten viele in der Union zunächst nicht begreifen, allen voran Kanzler Kiesinger. Als dieser Barzel unter völliger Ausblendung der Stimmverhältnisse und sozialliberalen Absichtserklärungen noch in der Wahlnacht für die kommende Legislaturperiode das Auswärtige Amt anbot, konnte Barzel nur völlig entgeistert entgegen: „Aber wir werden die Regierung verlieren, Herr Bundeskanzler!“¹⁰² Und im Anschluss machte er Kiesinger ganz unmissverständlich seine Absicht und seinen Willen deutlich, in der kommenden Oppositionsphase weiter als Fraktionsvorsitzender die Unionsfraktion zu führen.¹⁰³

1969–1973: Nach gutem Start ein harter Kampf – und dann ein langer Fall

Barzel selbst startete im Gegensatz zu 1966 deutlich besser in die neue Regierungszeit. Sein Renommee war durch seine erfolgreiche Fraktionsführung der letzten Jahre stetig angewachsen.¹⁰⁴ Hinzu kam, dass sich die Fraktion und vor allem die Partei nach dem erstmaligen und für viele sicherlich erschütternden Verlust der Regierungsmacht wochen- und monatelang in einer Art Schockstarre befanden. Offensichtlich wusste kaum jemand, mit den veränderten Verhältnissen umzugehen und insofern blieben ertragreiche und konstruktive Re-

100 Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 97.

101 Barzel, in: CDU/CSU-Fraktion 1966–1969, Sitzung vom 22. April 1969, 15.00–19.00 Uhr, S. 1407 (Text: CD-ROM).

102 Baring: Machtwechsel, S. 161.

103 Vgl. Rainer Barzel: Die Tür blieb offen. Ostverträge – Mißtrauensvotum – Kanzlersturz. Bonn 1998, S. 43.

104 Laut Stefan Marx: In der ersten Großen Koalition, S. 88, war Barzels Rolle als Fraktionsvorsitzender in den Jahren 1966–1969 „herausragend[...]“.

aktionen zunächst aus; der CDU-Vorsitzende und Ex-Kanzler Kiesinger lebte diese Haltung vor, brachte kaum Impulse und schimpfte auf die Liberalen.¹⁰⁵

Der Fraktionsvorsitzende dagegen setzte sich an die Spitze: Er realisierte am schnellsten die neue Situation – und damit auch seine eigenen Möglichkeiten. Schon wenige Tage nach der verlorenen Bundestagswahl kündigte er „die ersten konkreten parlamentarischen Schritte gegen die neue Regierung an“¹⁰⁶ und positionierte sich damit demonstrativ als entschlossenes Zugpferd der Opposition.

Am 16. Oktober 1969 wurde Barzel ohne Gegenkandidat¹⁰⁷ mit 199 von 211 abgegebenen Stimmen bei vier Gegenstimmen und acht Enthaltungen für die gesamte Legislaturperiode zum Vorsitzenden der Unionsfraktion gewählt.¹⁰⁸ Die Fraktion vertraute in der nun anstehenden schweren Zeit auf Barzels Führungsfähigkeiten und sein Organisationstalent; der ihm gegenüber eigentlich kritische Dufhues bewertete das Ergebnis als „eindrucksvoll“¹⁰⁹. Für die Medien war die Frage nach der Führerschaft der neuen Oppositionspartei mit der Wahl bereits entschieden: Kiesinger spielte keine Rolle mehr.¹¹⁰

Barzels Ziel war, die Fraktion gar nicht erst in Lethargie und Selbstmitleid versinken zu lassen, sondern so schnell wie möglich mit überzeugender Oppositionspolitik aufzuwarten – die neue Regierung musste von Anfang an Gegenwind im Parlament erfahren. Unverzüglich machte sich Barzel an die für die Oppositionsarbeit notwendig gewordene Neustrukturierung seiner Fraktion. Diese erhöhte auf seine Anregung hin die Zahl der Parlamentarischen Geschäftsführer von drei auf fünf. Zu seinem engsten und wichtigsten Vertrauten

105 Vgl. Gassert: Kiesinger, S. 727. So forderte Kiesinger u. a. öffentlich, man müsse die FDP bei den kommenden Landtagswahlen aus den Parlamenten herauskatapultieren. Solcherlei Aussagen verfestigten jedoch eher die Hinwendung vieler Liberaler zur SPD und sicherten Brandts Mehrheit im Bundestag.

106 Barzel bereitet sich auf Oppositionsrolle vor, in: Stuttgarter Zeitung, 8. Oktober 1969. Eduard Ackermann charakterisierte Barzel in diesem Sinne als „Macher“, vgl. Eduard Ackermann: Politiker. Vom richtigen und vom falschen Handeln. Bergisch-Gladbach 1996, S. 70.

107 Im Rückblick beschreibt Barzel Pläne von Heck und Kiesinger, den ehemaligen Kanzler statt seiner als Fraktionsvorsitzenden zu installieren. Vgl. Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 264; Ders.: Im Streit und umstritten, S. 134. Dies lässt sich jedoch laut Andreas Grau nicht belegen, vgl. Andreas Grau: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 34. Gegenüber der Presse hatte sich Kiesinger „voll für Barzels Wiederwahl eingesetzt“, Rheinische Post, 17. Oktober 1969. Die Rolle als Fraktionsvorsitzender nach seiner Zeit im Kanzleramt hätte sich zudem nicht mit Kiesingers Selbstverständnis vertragen.

108 Vgl. Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 16. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 11 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

109 Telegramm Dufhues an Barzel vom 16. Oktober 1969, in: BArch N 1371-10.

110 Barzel als Oppositionsführer, in: Augsburgener Allgemeine, 17. Oktober 1969; Barzel vorn, in: Flensburger Tageblatt, 17. Oktober 1969.

Will Rasner und dessen Kollegen Leo Wagner und Josef Rösing stießen noch Heinrich Köppler und Olaf von Wrangel,¹¹¹ die künftig als ‚Manager des Parlaments‘ „im formellen wie im informellen Willensbildungsprozeß ihrer Fraktion [...] über eine außerordentliche Fülle an Aufgaben und Kompetenzen“ verfügen sollten. Ihre „erhebliche[n] Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten“¹¹² machte sich Barzel bei der Führung der Fraktion zu nutze. Neben Gerhard Stoltenberg und Heinrich Windelen konnte Barzel seinen Vertrauten Hans Katzer im Fraktionsvorstand installieren.

Die Vorsitze der Arbeitskreise wurden mit erfahrenen, anerkannten Parlamentariern besetzt.¹¹³ Einzig beim bedeutenden Arbeitskreis V, zuständig für Auswärtiges, gesamtdeutsche und Verteidigungsfragen, erlebte der seit 1959 amtierende Vorsitzende Ernst Majonica eine für ihn bittere Überraschung: An seiner Stelle wurde Werner Marx gewählt, Majonica musste nach zehn Jahren den Vorsitz räumen. Er zeigte sich in seinem Tagebuch tief enttäuscht davon, dass Barzel „nichts getan [hat], um das Ergebnis zu beeinflussen“¹¹⁴. Seine Abwahl offenbarte die Stimmungslage der Fraktion gegenüber der angekündigten neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung; die Union wolle hier „härtere Kontraste“, so der abgewählte Majonica. Er selbst, dessen Aufgeschlossenheit gegenüber einer neuen Linie bekannt war, befand diese Einstellung als sehr „gefährlich“¹¹⁵.

Empfindlich weil unvorbereitet wurde die Fraktion vor allem auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung getroffen. Bisher hatte man sich in Bezug auf spezielle Sachverhalte stets auf die Ausarbeitungen und Analysen der einzelnen Bundesministerien stützen können; dementsprechend war nach dem unerwarteten Verlust dieser Quellen zunächst kein für die Opposition ausreichender Mitarbeiterstab in der Fraktion vorhanden. Lediglich 55 Mitarbeiter, davon 14 wissenschaftliche Fachkräfte, beschäftigte die Fraktion vor der Bundestagswahl 1969, die sozialdemokratische Fraktion verfügte zum gleichen Zeitpunkt über annähernd 100 Angestellte.¹¹⁶ Zu Beginn der Oppositionsphase

111 Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 23. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 14f.

112 Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise (Forschung Politikwissenschaft 67). Opladen 2000, S. 19.

113 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 35f. AK I (Allgemeine und Rechtsfragen): Benda, AK II (Wirtschaft und Ernährung): Müller-Hermann, AK III (Haushalt, Steuern und Finanzen): Pohle, AK IV (Arbeit und Soziales): Götz, AK VI (Bildung, Wissenschaft und Publizistik): Martin.

114 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 23. Oktober 1969, S. 602.

115 Ebd.

116 Vgl. Hans-Joachim Veen: Die CDU/CSU-Opposition im parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Zur Strategie und zum Einfluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Gesetzgebungsarbeit des 6. Deutschen Bundestages (1969–1972). Bonn 1972, S. 27.

galt Barzels intensives Bemühen der Behebung dieses organisatorischen Missstandes. Neben einem unverzüglichen und großzügigen Ausbau des Fraktionsapparates veranlasste er Ende Oktober 1969 die Einsetzung einer Kommission für organisatorische Veränderungen innerhalb der Fraktion.¹¹⁷ Im Verlauf der Legislaturperiode wuchs durch diese Bemühungen die Zahl der Angestellten der Unionsfraktion stetig bis auf 170 an, davon rund 60 wissenschaftliche Mitarbeiter und Referenten; erstmals lag man nunmehr auf diesem Gebiet vor der SPD-Fraktion.¹¹⁸

Um die Arbeit im Fraktionsvorstand effektiver zu gestalten, bekamen Barzels Stellvertreter von ihm genauer definierte Aufgabenfelder zugewiesen. Darüber hinaus wurde die Gründung thematisch gebündelter Arbeitsgruppen für die Bundestagsausschüsse durchgesetzt, um auch hier die Effektivität zu erhöhen.¹¹⁹ Barzel persönlich stand nach dem Verlust der Regierung für die Union vor der sehr unangenehmen Situation, dass auf einmal eine nicht unbedeutliche Zahl äußerst einflussreicher ehemaliger Minister in die Fraktion zurückkehrte. Diese führenden Abgeordneten konnten seiner Stellung als alleiniger Wortführer der Unionsfraktion potenziell sehr gefährlich werden. Für Barzels Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb der Fraktion und die Außenwirkung ihrer Beschlüsse konnte zu großes Einwirken ehemaliger, auf Profilierung bedachter Ex-Minister nur negativ wirken. Vor allem die Vorstöße seiner ewigen Konkurrenten Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß auf dem Feld außenpolitischer Richtungsvorgaben sollten den Fraktionsvorsitzenden in Zukunft vor arge Probleme stellen. Für den Beginn aber wusste er sich zu helfen und setzte die Unvereinbarkeit eines Sitzes im Fraktionsvorstand bei gleichzeitigem Vorsitz in einem Bundestagsausschuss durch.¹²⁰ Damit blieb zumindest Schröder der Platz in der Führungsebene der Fraktion verwehrt, da er dem Auswärtigen Ausschuss im Bundestag vorsaß.¹²¹

Darüber hinaus initiierte Barzel die Regelung, dass jedem Bundestagsausschuss ein Obmann zugeteilt wurde, unabhängig davon, ob ein Ausschuss bereits von einem Mitglied der CDU/CSU-Fraktion geleitet wurde. Auf diese Weise erreichte er, dass der größte Teil der ehemaligen Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre mit Aufgaben versorgt wurde.¹²² Diese Maßnahmen

117 Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 22. Oktober 1969, in: ACDP 08-001-1020/1, S. 44.

118 Vgl. Veen: Die CDU/CSU-Opposition, S. 29.

119 Vgl. Bösch: Macht und Machtverlust, S. 102.

120 Vgl. Sitzungsprotokoll der CDU/CSU-Fraktion vom 11. November 1969, in: ACDP 08-001-1020/2, S. 12.

121 Vgl. Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 715f.

122 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 37.

kamen sowohl der Arbeit der Fraktion als auch Barzel zugute. Um untätige, jedoch einflussreiche Abgeordnete in seiner Fraktion musste er sich für die nahe Zukunft nicht sorgen. Weiterhin organisierte Barzel die Schaffung eines Planungsstabes unter der Leitung seines Vertrauten Hans Katzer, welcher die Koordinierung von Information und Konsultation besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erleichtern sollte.¹²³ Außerdem koordinierte er die Arbeitsstäbe so, dass jederzeit ein entsprechendes Pendant zum jeweiligen Bundesressort der Regierung zur Verfügung stand.¹²⁴

Das von Barzel vorgelegte rasante Tempo in der Umstrukturierung der Bundestagsfraktion entsprang seinem Verlangen, diese möglichst rasch auf die neue Situation einzustellen und vor der Öffentlichkeit beweisen zu können, dass die Opposition fachlich ausgereifter und fundierter und darüber hinaus schneller und erfolgreicher agierte als das Regierungslager.¹²⁵ Selbst das Barzel gegenüber häufig sehr kritische Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ musste ihm attestieren, dass er in den ersten Wochen der Oppositionsarbeit seine Sache sehr gut machte. Vor allem seine geschickte Umformung des „disziplinierte[n] Bundestagsensemble[s]“¹²⁶, welche stets auf einen Ausgleich zwischen aufstrebenden jungen Nachwuchspolitikern und gestandenen Ex-Ministern achtete, wurde lobend erwähnt. Als Fraktionsvorsitzender war Barzel wenige Monate nach Ende der Großen Koalition aus Sicht der Union kaum mehr wegzudenken. Niemand widersprach dem Publizisten Johannes Gross, der im Sommer 1970 urteilte, dass „Barzel der beste Fraktionsvorsitzende ist, den die CDU/CSU je gehabt hat, ja der effizienteste Fraktionsvorsitzende in der Geschichte des Bundestages überhaupt“¹²⁷.

Durch seine allseits anerkannte Arbeit im Deutschen Bundestag führte an Rainer Barzel in den Jahren 1969 bis 1971/72 auch parteipolitisch kaum ein Weg vorbei. Kiesinger hatte als CDU-Vorsitzender selbst Monate nach dem für ihn schockierenden Verlust des Kanzleramtes keine wegweisenden Maßnahmen für die Bundespartei getroffen. Seine Wiederwahl zum Parteivorsitzenden kurz nach der Wahlniederlage auf dem 17. Bundesparteitag im November 1969 in Mainz erfolgte mehr aufgrund mangelnder, williger Alternativen. So kurz nach der schmerzhaften Niederlage wollte aus der ersten Führungsriege der

123 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 320.

124 Vgl. Ackermann: Mit feinem Gehör, S. 73.

125 Die Unionsfraktion erarbeitete denn auch bis 1972 insgesamt 122 Gesetzesinitiativen auf dem Feld der Innenpolitik. Diese Oppositionserfolge gingen jedoch unter dem öffentlichkeitswirksamen Eindruck der neuen Ostpolitik in der Regel eher unter. Vgl. Wulff Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 100.

126 Der Spiegel, 17. November 1969.

127 Publik, 17. Juli 1970.

Partei niemand die Verantwortung für die taumelnde und zutiefst verunsicherte Union übernehmen¹²⁸ – auch Barzel nicht. In dieser schwierigen Phase konzentrierte er sich lieber auf die angesprochene Neustrukturierung und Neuausrichtung seiner Bundestagsfraktion. Nicht auszuschließen ist zudem, dass er sich von einer Kampfkandidatur auf dem Parteitag gegen Kiesinger trotz dessen Ansehensverlust seit der Bundestagswahl kein für ihn positives Ergebnis versprochen haben mochte. Auch wenn der Fraktionsvorsitzende sich bis Mitte November bereits als Oppositionsführer etabliert hatte,¹²⁹ wäre ihm ein Angriff auf die Parteispitze wohl nicht gut bekommen. Mit Sicherheit standen ihm die Querelen um den Parteivorsitz 1966 noch deutlich vor Augen. Darüber hinaus war er sich bewusst, dass er sich durch seine vielgelobte Arbeit als Fraktionsführer während der Großen Koalition auch innerparteilich wieder großes Ansehen erworben hatte. Die Führungsfrage war in Mainz nur kurzfristig geklärt worden – das war Barzel bewusst. Lang- bis mittelfristig würde sie von ganz allein wieder aufkommen. Angesichts der akuten Schwäche der Partei würden die entscheidenden Impulse der nächsten Monate allein von Seiten der Fraktion ausgehen. Die Zeit lief diesmal für Barzel, er musste nicht vorpreschen.

Im Oktober 1971 setzte sich Barzel auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken denn auch mit einer ziemlich überzeugenden Zwei-Drittel-Mehrheit gegen seinen Mitherausforderer Helmut Kohl durch und erreichte damit endlich, wonach er schon fünf Jahre vorher gestrebt hatte: die Vereinigung von Fraktions- und Parteivorsitz.¹³⁰ Wenig später wurde er dann folgerichtig auch Kanzlerkandidat von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973. Doch im Unterschied zu den äußerst erfolgreichen Jahren der Großen Koalition, in denen Barzel als umsichtiger und fleißiger Vermittler Kompromisse selbst zwischen den schwierigsten Standpunkten innerhalb der eigenen Fraktion und gegenüber dem Koalitionspartner erarbeiten konnte und in denen seine emsige Konsenspolitik verding, war er von November 1969 bis zu seinem Rücktritt im Mai 1973 nahezu ununterbrochen mit einer in dieser Zeit kaum lösbaren Hürde konfrontiert.

Der von der neuen sozialliberalen Koalition angestrebten neuen Ost- und Deutschlandpolitik entsprang eine bundesweit geführte Diskussion, die in Teilen die hoch erregte Atmosphäre der knapp zwanzig Jahre zuvor stattgefundenen Debatte um die Westverträge wieder aufleben ließ.¹³¹ Die Unionsfraktion

128 Vgl. Gassert: Kiesinger, S. 735.

129 Wiesbadener Kurier, vom 17. Oktober 1969, Artikel über Barzel mit dem Titel: „Der Oppositionsführer“.

130 Ergebnis der Vorstandswahlen: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 19. Bundesparteitag der CDU. 4.–5. Oktober 1971 in Saarbrücken. Hamburg o. J., S. 229f.

131 Vgl. Werner Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition 1966–1975, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.):

befand sich letztlich nahezu das gesamte Jahrzehnt der 1970er Jahre in einem phasenweise sehr emotionalen und erbittert geführten Richtungsstreit, den Hans Peter Schwarz anschaulich eine „große[...], selbsterfleischende[...] innerparteiliche[...] Kontroverse“¹³² nannte.

Zwar war man sich innerhalb der Union größtenteils der Tatsache bewusst, dass die internationalen Entwicklungen eine veränderte, progressivere Hinwendungspolitik gegenüber Moskau, dem Ostblock und dem ‚anderen Deutschland‘ möglich, ja vielleicht erforderlich machten. In den Jahren der Großen Koalition hatte man sich ja auch bereits zu einer „bedingte[n] Unterstützung“ von neuen, vorsichtigen Schritten in der Ost- und Deutschlandpolitik durchgerungen.¹³³ Doch große Teile von CDU und CSU und bedeutende Strömungen innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag lehnten die ihrer Meinung nach viel zu weit gehenden Zugeständnisse ab, die die sozialliberale Koalition in den Verhandlungen gegenüber Warschau, Moskau und Berlin-Pankow machte, ohne aus Unionssicht dafür entsprechende Gegenleistungen zu erhalten.

Barzel selbst stand einer weiter vorangehenden Ost- und Deutschlandpolitik sehr offen gegenüber; in der Vergangenheit hatte er als gesamtdeutscher Minister und als Fraktionsvorsitzender immer wieder progressive Schritte unternommen und gutgeheißen. Doch auch für ihn galt das Prinzip erfolgreicher Kaufleute: Keine Vorleistungen ohne fest zugesicherte Gegenleistungen. Und auf keinen Fall durfte es für ihn zu einer vertraglich fixierten Verfestigung der Zweistaatlichkeit kommen. Darüber hinaus wusste Barzel allerdings auch um die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung, die einen offeneren Umgang mit Moskau und der DDR guthießen. So musste er seine Politik und Fraktionsführung jeweils den Verhältnissen sowie teils tagespolitischen Erfordernissen anpassen und eine zusehends unübersichtliche Linie verfolgen. Diese Linie erläuterte Barzel am 8. September 1970 vor dem Bundesvorstand der CDU. Man stehe vor der Entscheidung, in einer Totalkonfrontation Druck auf die Regierung auszuüben, „oder den Versuch zu machen, auf sie einzuwirken, sie zu ändern oder sie zu beeinflussen“. Sein Bemühen gelte dem letzteren, es sei seine grundsätzliche Politik. In ihr existierten nur ganz wenige taktische Züge „und sie versucht, als letzten Versuch aus einem schlechten Anfang vielleicht etwas Gutes zu bewirken“¹³⁴.

Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 115.

132 Hans-Peter Schwarz: Die CDU und die deutsche Einheit, in: Gerd Langguth (Hg.): In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU. Köln u. a. 1996, S. 57.

133 Vgl. Link: Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, S. 116–126, Zitat S. 116.

134 Barzel, in: Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab und Denise Lindsay

Barzels Engagement galt demnach vorrangig dem Streben, sich aus der Opposition heraus die Möglichkeit offen zu halten, korrigierenden Einfluss auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition auszuüben. Würde man sich verfrüht verbindlich festlegen auf eine einheitliche Ablehnung der gesamten Ostpolitik, provozierte man damit eine geschlossene Zustimmung der SPD/FDP-Koalition, internationale Isolierung und würde am Ende völlig die Möglichkeit verlieren, noch Einfluss auf die Inhalte der mit Polen und der Sowjetunion ausgehandelten Verträge auszuüben.¹³⁵

Barzel wollte alle Optionen offen halten, wollte vor allem, wenn möglich, Modifizierungen eines Kurses erreichen, den er und Teile der Unionsfraktion für in der Sache richtig, jedoch konzeptionell für falsch ausgeführt erachteten. Dabei durfte er jedoch nicht eine Sekunde auch diejenigen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion außer Acht und unvertreten lassen, die die Politik von Brandt, Walter Scheel und Egon Bahr vehement und leidenschaftlich ablehnten und in Personen wie dem in die Fraktion zurückgekehrten Franz Josef Strauß und Alfred Dregger¹³⁶ prominente und lautstarke Fürsprecher und Multiplikatoren hatten. So musste Barzel als Fraktionssprecher von Zeit zu Zeit auch scharfe und polemische Attacken auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition forcieren und selbst fahren, um auch diejenigen unionsinternen Kräfte zu befriedigen, die am liebsten eine strikte Blockade- und Verweigerungspolitik betrieben hätten.

Und wenn er dies tat, kamen ihm mitunter Ereignisse in die Quere, auf die er keinen Einfluss hatte. Laut Majonica war ein Großteil der Unionsfraktion im Herbst 1971 mit der aktuellen Politik nicht glücklich, und am 21. September begann „eine Debatte mit der fast einhelligen Forderung nach totaler Opposition“¹³⁷. Barzel spürte im Herbst 1971 die wachsende Verärgerung innerhalb der Fraktion und dachte auch an den bevorstehenden Parteitag, auf dem er gerne zum Vorsitzenden gewählt werden würde. So blies er vor der Fraktion rhetorisch zur Attacke: „Herr Brandt geht aufs Ganze. Tun wir’s auch, meine Freunde!“¹³⁸ Vor der Öffentlichkeit ging er mit der Regierung hart ins Gericht.¹³⁹ Nachdem Brandt jedoch nur einen Monat später, am 20. Oktober 1971, den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen hatte, erklärte Barzel

(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, Sitzung vom 8. September 1970, S. 289.

135 Vgl. ebd., S. 292.

136 Alfred Dregger wurde erst mit der Bundestagswahl 1972 Mitglied der Unionsfraktion, opponierte jedoch bereits vorher als Landespolitiker in Hessen und im Vorstand der CDU gegen Barzels Kurs in der Ostpolitik.

137 Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 21. September 1971, S. 664.

138 Barzel, in: Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 21. September 1971, in: ACDP 08-001-1027/1, S. 18.

139 Barzel wirft der Bundesregierung Leichtfertigkeit vor, in: Die Welt, 27. September 1971.

vor dem Deutschen Bundestag, eine totale Konfrontation sei nicht das Ziel der Union, sondern eine „Solidarität der Demokraten“¹⁴⁰. Polemische Angriffe auf den frisch gekürten Nobelpreisträger, der für seine Politik soeben ausgezeichnet worden war, konnten, so war Barzel bewusst, nicht zu positiven Ergebnissen im öffentlichen Bild der Union führen.

Nur einmal verfolgte Barzel einen sehr eindeutigen Kurs in Sachen Ostpolitik. Als er im Dezember 1971 als gerade erst erkorener Kanzlerkandidat von CDU und CSU¹⁴¹ zu Gesprächen mit Ministerpräsident Alexei Kossygin und Außenminister Andrei Gromyko nach Moskau reiste, wurde er dort seiner Meinung nach offensichtlich nicht ausreichend ernst genommen. Nicht nur, dass ihn der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew, zu seinem Unmut nicht empfing.¹⁴² Schon bald musste er erkennen, dass die sowjetische Seite ihm kein Stück entgegenkommen wollte und überhaupt nicht bereit war, ihm und der CDU/CSU-Opposition mehr zuzugestehen, als vorher in den Verhandlungen mit der Bundesregierung.¹⁴³ Tief enttäuscht und offensichtlich aus dem Bauch heraus zog er für sich die Konsequenzen und schrieb nach dem Treffen mit Kossygin am 14. Dezember aus Moskau einen Brief an seinen Stellvertreter Richard Stücklen, in dem er empfahl, „daß die Fraktion ihr Nein zu dieser Politik verbindlich beschließt“. Abschließend fügte er fast trotzig hinzu, in Moskau habe man nun „sehr wohl begriffen, daß der Führer der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland Respekt verdient“¹⁴⁴.

Zu einem verbindlichen ‚Nein‘ von CDU und CSU kam es jedoch nicht; führende Politiker der Unionsfraktion wie Richard von Weizsäcker redeten dies Barzel aus;¹⁴⁵ schon bald fand er denn auch wieder seine konsensuale Linie. In der ersten Lesung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 23. Februar 1972 betonte der Fraktionsführer, die Ostpolitik der Regierung sei „gegen unseren Rat betrieben“, jegliche Gemeinsamkeit „abgelehnt“¹⁴⁶ worden. Solange es zu keiner innerdeutschen Lösung über einen Verkehrsvertrag gekommen sei, empfahl er der sozialliberalen Koalition die Ostverträge besser „liegen zu lassen“. Nach einer fulminanten Generalabrechnung mit der Politik der Regierung formulierte Barzel die Antwort der Union auf die vorgestellten

140 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 21. Oktober 1971, S. 8330ff.

141 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition.“, Sitzung vom 9. Dezember 1971, S. 637f.

142 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 235.

143 Vgl. Barzel: Auf dem Drahtseil, S. 147.

144 Barzel an Stücklen vom 15. Dezember 1971, in: BArch N 1371-258.

145 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 236–238.

146 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 23. Februar 1972, S. 9754f.

Ostverträge der Koalition aus SPD und FDP: „So nicht!“¹⁴⁷ Dieses „So nicht“ bildete gleichzeitig den Höhepunkt von Barzels Strategie eines konsensorientierten Interessenausgleiches zwischen den gegensätzlichen Meinungen innerhalb seiner Fraktion. Es insinuierte: Die Union könnte zustimmen, wenn die Verträge entsprechende Änderungen erführen. Sollte dies nicht erfolgen, wäre eine ultimative Ablehnung die Folge.

Mit seiner Politik und vor dem Hintergrund der sich gegenüberstehenden Lager innerhalb seiner Fraktion befand sich der geplagte Fraktionsvorsitzende in der Frage der Ost- und Deutschlandpolitik in einem wahren Dilemma: Einerseits war er gezwungen, immer wieder einmal sehr heftige verbale Angriffe auf die Regierung zu starten, durfte aber auf der anderen Seite nie die Kompromissbereitschaft seiner Fraktion aufgeben, um eventuell doch noch Verbesserungen an den Verhandlungsergebnissen herbeizuführen.

Durch diesen unübersichtlichen, jedoch für den Zusammenhalt der Fraktion fast unerlässlichen Kurs waren sich viele Abgeordnete über Barzels Ziele und Motive nicht im Klaren,¹⁴⁸ was er später auch selbst ganz offen zugab¹⁴⁹. Hinzu kam, dass er fortwährend den intern und öffentlich geäußerten kritischen Meinungen von Strauß, Kiesinger, Karl Theodor von und zu Guttenberg und anderen ausgesetzt war, deren Wort erheblichen Einfluss innerhalb der Unionsfraktion hatte. Insbesondere der CSU-Vorsitzende konnte Barzels Vorreiterrolle innerhalb der Unionsparteien nur schwer ertragen und stellte dessen Kurs immer wieder in Frage.¹⁵⁰ Ein schwacher Trost für Barzel: Nicht anders sollte es in dieser Beziehung später seinem Nachfolger als Parteivorsitzenden und Nach-Nachfolger als Fraktionsvorsitzenden, Helmut Kohl, ergehen.

So war Rainer Barzel letztlich in der Ostpolitik ein ständig Getriebener, und konnte sich zu keinem Zeitpunkt wirklich sicher sein, mit einer gefassten und auch mehrheitlich beschlossenen Meinung seine Fraktion tatsächlich geschlossen hinter sich zu wissen. Dies bekam Barzel im Frühjahr 1972 unangenehm zu spüren, obwohl trotz aller Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ostpolitik seine persönliche Situation in den ersten Monaten des Jahres bis dahin eher positiv war. Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf lief er zu großer Form auf und verblüffte Freund und Feind mit seiner höchst erfolgreichen Wahlkampfhilfe für Ministerpräsident Hans Filbinger. Barzel avancierte in Baden-Württemberg zum absoluten Publikumsmagneten und wurde von der

147 Ebd., S. 9761. Über Majonica ließ Barzel dem sowjetischen Botschafter Valentin Falin am Tag des Konstruktiven Misstrauensvotums ausrichten, sein ‚So nicht‘, sei keineswegs ein ‚Nein‘, vgl. Majonica: Das politische Tagebuch, Eintrag vom 28. April 1972, S. 689.

148 „Ich weiß nie, was Taktik ist und was nicht.“, ebd., Eintrag vom 11. April 1972, S. 686.

149 Vgl. Barzel: Die Tür blieb offen, S. 175.

150 Zur Rolle von Strauß, Kiesinger, Guttenberg, Schröder vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 511–525.

„Südwestpresse“ gar als der „perfekteste Barzel, den es je gab“¹⁵¹ bezeichnet. „Fünf Reden am Tag – und immer noch frisch; Volle Säle und überwältigender Beifall für den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU“¹⁵², verkündete die „Stuttgarter Zeitung“, während die „Rheinische Post“ fast ungläubig feststellte: „Rainer Barzel zieht sogar mittags um zwölf“¹⁵³.

Doch nur wenige Tage nach der Landtagswahl erfolgte das Ereignis, das Barzels Karriere und auch seinem Leben eine entscheidende Wendung geben sollte: „Ich stelle fest, daß der von der Fraktion der CDU/CSU vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags nicht erreicht hat“¹⁵⁴, verkündete Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel am 27. April 1972, nachdem die durch Fraktionsaus- und -übertritte von Liberalen und Sozialdemokraten dazu in die Lage gebrachte Unionsfraktion gegen Kanzler Brandt ein Konstruktives Misstrauensvotum eingebracht hatte.

Mit dem Misslingen¹⁵⁵ dieses von der Union geplanten Coups, die einen Monat später zu verabschiedenden Ostverträge noch unter ihre Kontrolle bringen zu können, begann für den überraschend gescheiterten Rainer Barzel ein langsamer und quälender Fall. Zwar mussten Willy Brandt und seine sozialliberale Koalition im Nachgang auf die Union zukommen um die Ostverträge in den entscheidenden zweiten und dritten Lesungen durch den Deutschen Bundestag zu bringen, da sie selbst keine verlässliche Mehrheit mehr aufweisen konnten. In zähen Verhandlungen¹⁵⁶ erreichte die Union Modifizierungen, die die Verträge für CDU und CSU annehmbar machten. Doch Barzel hatte offensichtlich seinen Zugang zur Fraktion und sein Geschick im Umgang mit den Abgeordneten verloren und sollte diese nicht mehr zurückerlangen. Obwohl er sich vehement dafür eingesetzt hatte, konnte er keine generelle Zustimmung seiner Fraktion zu den Ostverträgen erreichen, obschon diese durch eine gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages inzwischen für die Union akzeptabel gewesen wären. Allen voran die Abgeordneten der CSU verweigerten dem Fraktionsvorsitzenden in dieser Frage die Gefolgschaft; im Raum stand der Vorwurf, Barzel und Teile der Union seien im entscheidenden Mo-

151 Südwestpresse, 11. Februar 1972.

152 Stuttgarter Zeitung, 7. Februar 1972.

153 Rheinische Post, 11. Februar 1972.

154 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. WP, 27. April 1972, S. 10714.

155 Vgl. zu den Gründen des Scheiterns und die als erwiesen geltende Einmischung der DDR Andreas Grau: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-Politische Mitteilungen 16 (2009), S. 1–17, zur Rolle des MfS insbes. S. 15–17.

156 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 332–368.

ment umgefallen.¹⁵⁷ Letztlich passierten die Verträge den Deutschen Bundestag durch die Enthaltung des größten Teils der Unionsfraktion¹⁵⁸ – ein Kompromiss, der Barzel nicht gefallen konnte.

Über seinen von außen schwer einsehbaren aber notwendigen Kurs hatte er allerdings auch oftmals eine klare und eindeutige, erklärende Kommunikation mit der Fraktion versäumt. Barzel musste erkennen, dass, wie Walter Hallstein ihm einen Tag vor der Abstimmung mitteilte, „viele Herren, die sich Ihnen in besonderer Loyalität verpflichtet fühlen, nicht in der Lage sind, Ihre Entscheidung in der Sache nachzuvollziehen“.¹⁵⁹

Durch die ablehnenden Maximalpositionen der Gegner der Ostverträge, selbst als diese für die Union eigentlich annehmbar waren, musste Barzels größtes Talent, das geschickte Herstellen von Kompromissen, letztlich scheitern. Für Kompromisse müssen sich beide Seiten ein Stück bewegen – sie werden unmöglich, wenn sich nur eine Seite dazu entschließen kann. Dass Barzel bei den Verhandlungen mit der sozialliberalen Koalition so gut wie alle Punkte erreichte, die er im Vorfeld eingefordert hatte, wurde von den oppositionellen Kräften seiner Fraktion nicht goutiert. War er noch sehr angeschlagen in die Große Koalition gestartet und gestärkt aus ihr hervorgegangen, muss dies für die Zeit der Opposition genau umgekehrt gelten.

Bis zum Mai 1973 verblieb Barzel noch im Amt des Fraktionsvorsitzenden, überstand im November 1972 sogar noch die Niederlage bei der Bundestagswahl, bei der die Union erstmals ihren Status als stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag einbüßte. Doch die Stimmen aus Partei und Fraktion, die nachhaltig seinen Rücktritt forderten, waren nach dem Misstrauensvotum erstmals laut geworden und sollten nach der Bundestagswahl nicht mehr verstummen.

Nachdem Helmut Kohl Anfang 1973 angekündigt hatte, demnächst öffentlich seine „Bereitschaft zur Kandidatur als Parteivorsitzender zu erklären“¹⁶⁰, geriet der Fraktions- und Parteiführer ernsthaft ins Wanken. „Barzel am Ende? Die Position des CDU/CSU-Chefs ist schwer angeschlagen“¹⁶¹ titelte im Frühjahr 1973 die „Wiener Presse“ und die „Frankfurter Neue Presse“ sprach gar von der „Hinrichtung Barzels“¹⁶². Seine Lage verschlechterte sich von Woche zu Woche. „Wohin mit Barzel?“¹⁶³, war bald die allgemeine Frage in den Me-

157 So der CSU-Abgeordnete Walter Becher, in: Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 9. Mai 1972 (nachmittags), in: ACDP 08-001-1029/1, S. 17ff.

158 Vgl. Grau, *Gegen den Strom*, S. 361–365.

159 Vermerk Jansens vom 16. Mai 1972, in: BArch N 1371-102.

160 Kohl an Barzel vom 22. Januar 1973, in: BArch N 1371-253.

161 Die Presse (Wien), 15. Februar 1973.

162 Frankfurter Neue Presse, 17. Februar 1973.

163 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 25. Februar 1973.

dien und der Bonner Generalanzeiger analysierte: „Rainer Barzel steht mit dem Rücken zur Wand“¹⁶⁴.

Am Ende zog der Fraktionsvorsitzende selbst die Reißleine und machte die Probeabstimmung über den gleichzeitigen Beitritt von Bundesrepublik und DDR zu den Vereinten Nationen zur entscheidenden Frage über seinen Verbleib im Amt. Die Fraktion entschied im zweiten geheimen Wahlgang knapp gegen seine Beschlussempfehlung und Barzel zog die Konsequenzen.¹⁶⁵ So war nach den Niederlagen des Jahres 1972 weniger der Umstand überraschend, dass Rainer Barzel am Ende „ausgerechnet vom eigenen Fraktionsgaul schmähslich abgeworfen“¹⁶⁶ wurde. Erstaunen muss vielmehr die Tatsache, dass er sich noch so lange im Amt hatte halten können.

Barzels politische Karriere erfuhr durch die Ereignisse der Jahre 1972/73 einen scharfen Schnitt, war jedoch keineswegs vorüber. Nach einem mehrjährigen Rückzug aus der ersten Reihe von Partei und Fraktion erlangte er Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre wieder zusehends an Ansehen und Einfluss. Im ersten Kabinett Helmut Kohls wurde Barzel Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und konnte somit wieder im Bereich der innerdeutschen Politik wirken. 1983 erreichte Barzel schließlich mit seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages das zweithöchste Amt in der Bundesrepublik Deutschland, musste dieses jedoch nach nur eineinhalb Jahren wieder aufgeben. Zwei Jahre nach seinem Rücktritt stellte sich heraus, dass die gegen Barzel im Zusammenhang mit der Flick-Affäre erhobenen Vorwürfe inhaltlich nicht gerechtfertigt waren.¹⁶⁷

164 General-Anzeiger, 1. März 1973.

165 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 349.

166 Schwarz: Helmut Kohl, S. 184.

167 Vgl. ebd., S. 374; Barzel: Ein gewagtes Leben, S. 407.